

CH_VB 85.529 vom 11. Dezember 1985

Bundesverwaltung, 1985-12-11, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_85.529

FR: CH_VB 85.529 du 11 décembre 1985

IT: CH_VB 85.529 del 11 dicembre 1985

Volltext

11. Dezember 1985 673 Postulat Lauber Präsident: In Artikel 1 Absatz 2 schlägt uns die Militärkommission in Übereinstimmung mit dem Nationalrat eine Gesamtsumme von 655 Millionen vor. Der Präsident der Militärkommission hat die Gründe für die Reduktion um 2 Millionen genannt. Angenommen - Adopté Art. 2 und 3 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Art. 2 et 3 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national Angenommen - Adopté Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble Für Annahme des Beschlusses 31 Stimmen (Einstimmigkeit) An den Bundesrat - Au Conseil fédéral #ST# 85.529 Postulat Lauber Wirtschaftliche Abgeltung der militärischen Belastung Servitudes occasionnées par l'armée. Compensation financière Wortlaut des Postulates vom 21. Juni 1985 Das Territorium des Kantons Wallis wird räumlich und zeitlich für militärische Ausbildungszwecke im gesamtschweizerischen Vergleich überdurchschnittlich beansprucht. Die besondere topographische Lage des Rhonetales und der zusammenhängenden Struktur des Haupttales verstärkt die Belastungsintensität und insbesondere die Streuung der Belastung im Vergleich zu angrenzenden Alpenräumen der Nachbarkantone. Die zunehmende bzw. veränderte militärische Flächenbeanspruchung steht dabei in wachsender Konkurrenz zu den zivilen Nutzungsansprüchen der Siedlung, der Landwirtschaft (der Bund ist der grösste Eigentümer an potentiellen Fruchtfolgeflächen bzw. landwirtschaftlichen Vorrangflächen auf Kantonsgebiet) und insbesondere des Tourismus. Daraus entstehen in vermehrtem Masse Interessenkonflikte. Die für militärische Zwecke benötigte Fläche, namentlich in der Talsohle, entspricht in der Grosse jener Fläche, die gemäss Arealstatistik für Industrieanlagen im Kanton Wallis beansprucht wird, nämlich 400 ha, ohne jene Flächen zu berücksichtigen, für die eine Einschränkung in der Nutzung besteht. Neben diesen extrem hohen Belastungen - der Kanton Wallis erbringt hier ein echtes Sonderopfer - liegen die durchschnittlichen Ausgaben der allgemeinen Bundesverwaltung für die Landesverteidigung im Kanton Wallis bei ca. 3 Prozent und der Kantonsanteil am Bundespersonal bei ca. 2,3 Prozent. Im gesamtschweizerischen Durchschnitt beträgt der Anteil der Beschäftigten des EMD zu den Erwerbstätigen insgesamt rund 7,6 Promille. Auf die Beschäftigtenzahl des Kantons Wallis bezogen macht das rund 630 Arbeitsplätze aus und damit ca. 130 mehr als zum heutigen Zeitpunkt. Der Bundesrat wird deshalb eingeladen, a. in einem Bericht die räumliche und zeitliche Beanspruchung des Kantons Wallis durch das EMD und die daraus resultierenden Belastungen darzustellen, b. Massnahmen zu prüfen, mit denen kurz- und mittelfristig der Anteil der Arbeitsplätze des EMD im Verhältnis zu den gesamten Arbeitsplätzen im Wallis auf den Landesdurchschnitt angehoben werden kann und c. Massnahmen zu prüfen, mit denen langfristig die hohen Belastungen aus der hohen militärischen Beanspruchung durch eine neue Arbeitsplatzzuteilung des EMD ausgeglichen werden können. Texte du postulat du 21 juin 1985 Le territoire valaisan est mis à contribution à des fins d'instruction militaire dans une

mesure qui dépasse la moyenne suisse, tant en ce qui concerne la surface des terrains utilisés que pour ce qui est de la durée d'occupation. Du fait de la topographie particulière de la plaine du Rhône et du resserrement de la vallée principale, les nuisances et notamment leur dissémination sont plus importantes que dans des régions alpines comparables des cantons voisins. L'armée utilise toujours plus de terrain, ou en modifie l'utilisation; il en résulte un conflit d'intérêts avec le besoin de terrains à des fins civiles telles que l'habitat, l'agriculture (la Confédération est, dans le canton, le plus grand propriétaire de terres où la rotation des cultures est possible, c'est-à-dire des meilleures terres pour l'agriculture) et notamment le tourisme. Les surfaces utilisées par l'armée, en particulier au fond de la vallée, sont aussi importantes, selon la statistique de l'affectation des sols, que celles occupées en Valais par des industries, à savoir 400 ha, compte non tenu des terrains pour lesquels il existe des restrictions d'utilisation. En acceptant ces servitudes extrêmement lourdes, le canton du Valais fait un réel sacrifice. En regard de cela, il faut relever que la part des dépenses moyennes effectuées en Valais par l'administration générale de la Confédération pour la défense nationale s'élève à trois pour cent environ et que la proportion de Valaisans dans le personnel de la Confédération est à peu près de 2,3 pour cent. Pour toute la Suisse, la proportion des personnes occupé le DMF par rapport à la population active s'élève à quelque 7,6 pour mille. Pour le Valais, cela ferait environ 630 emplois, soit environ 130 de plus qu'actuellement. C'est pourquoi le Conseil fédéral est invité a. à exposer dans un rapport quelle est l'importance - en terrains et en durée - de la mise à contribution du canton du Valais par le DMF et quelles sont les servitudes qui en découlent; b. à examiner des mesures permettant, à court et à moyen terme, de faire remonter à la moyenne suisse la proportion des emplois offerts par le DMF par rapport à l'ensemble des emplois en Valais; c. à étudier des mesures permettant, à longue échéance, de compenser, par une répartition différente des emplois du DMF, les graves nuisances subies du fait de la forte présence de l'armée.

Lauber: Um eine leistungsfähige Landesverteidigung sicherzustellen, bedarf das EMD fester Einrichtungen und grossflächiger Räume. Die Raumbedürfnisse resultieren in erster Linie aus dem verfassungsmässigen Verteidigungsauftrag, den wir vollumfänglich anerkennen. In Friedenszeiten dienen diese Anlagen und Einrichtungen primär der Truppenausbildung. Durch das anhaltende Wachstum der Agglomerationen und die damit verbundene Bevölkerungsbildung sowie die gleichzeitige Entleerung der Berg- und Randgebiete vollzog sich eine spürbare Verschiebung der ausbildungsbedingten militärischen Übungsschwerpunkte in die Gebirgskantone. Im Kanton Wallis als Berg- und Grenzkanton werden die Auswirkungen und die Belastungsintensität durch die topographischen Gegebenheiten des längsgezogenen Rhonetales zusätzlich verstärkt. Rund 7 Prozent der insgesamt 13 Millionen Dienstage der Truppe pro Jahr entfallen auf unseren Kanton. Besonders ausgeprägt ist zudem die Zahl

Postulat Lauber 674 11 décembre 1985 der Flugbewegungen. So entfielen im Durchschnitt der letzten Jahre (1979 bis 1983) 13,1 Prozent der Jet-Landungen, 9,3 Prozent der Landungen von Kolbenflugzeugen und nahezu ein Viertel der Helikopter-Landungen auf Gebiet des Kantons Wallis. In den vergangenen Jahren hat der Bundesrat punktuell und nach dem Prinzip der kleinen Schritte Massnahmen ergriffen. Wir denken an die Erhöhung des Solls oder an die bevorstehenden Anpassungen der Entschädigung für die Benutzung von Gemeinde- und Privatunterkünften, die zeitlich gestaffelt - auf den 1. Januar 1986 und den 1. Januar 1987 - insgesamt eine Erhöhung um 30 Prozent bewirken sollen. Daneben ist eine vermehrte Koordination und Information zwischen den

militärischen Stellen und den kommunalen Behörden feststellbar. Diese Verbesserungen werden dankbar anerkannt. Der Kanton Wallis hat im Rahmen der kantonalen Richtplanung die räumliche und zeitliche Beanspruchung des Kantonsgebietes durch das EMD in Zusammenarbeit mit den betreffenden EMD-Stellen sehr umfassend erarbeitet. Als offensichtlicher Mangel in der Beurteilung der Raumbeanspruchung, der Arbeitsvergebung und der Schaffung von Arbeitsplätzen durch das EMD wird das Fehlen eines gesamtschweizerischen Quervergleiches empfunden. Im Postulat wird deshalb verlangt, dass die Aktivitäten des Eidgenössischen Militärdepartementes räumlich und insbesondere auch regionalwirtschaftlich regelmässig erfasst werden. Die Aktivitäten sind künftig vermehrt auf einen gerechten regionalen Ausgleich auszurichten. Den überdurchschnittlichen räumlichen Nutzungsansprüchen des EMD in unserem Kanton steht eine deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegende wirtschaftliche Abgeltung gegenüber. 1981 wurden für den Kanton Wallis 467 der insgesamt 2678 EMD-Arbeitsplätze angeboten. Das sind 5,7 Promille der Erwerbstätigen des Kantons. Der Landesdurchschnitt des Anteils Arbeitsplätze EMD zu den Beschäftigten insgesamt liegt dagegen immerhin bei 7,6 Promille, so dass rund 130 zusätzliche Arbeitsplätze notwendig wären. Aufgrund der Untersuchung Pferi, «Ausgaben der allgemeinen Bundesverwaltung für die Landesverteidigung nach Kantonen», Ausgabe 1978, liegen die pro Kopf-Ausgaben im Landesdurchschnitt bei 337 Franken; ein Angleichen des Anteils Wallis an den Durchschnitt würde rund 20 Millionen Franken pro Jahr ausmachen. In Anbetracht dieses doch krassen Missverhältnisses ersuche ich den Bundesrat, Massnahmen zu prüfen, wie in einer ersten Etappe kurz- bis mittelfristig rund 130 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und für zusätzlich rund 20 Millionen Franken pro Jahr Güter für die Landesverteidigung in unserem Kanton beschafft werden können. Ein gerechter Ausgleich liegt aber nur dann vor, wenn sich die volkswirtschaftliche Abgeltung an der Belastung orientiert. Diesem Aspekt wurde bisher nicht die notwendige Beachtung geschenkt. Aufgrund der heutigen Belastung des Kantons Wallis durch die Truppe liegt ein angemessener Ausgleich bei 7 bis 13 Prozent der Arbeitsplätze und der Güterbeschaffung für die Landesverteidigung. Das sind rund 1450 bis 2690 Arbeitsplätze bzw. 150 bis 280 Millionen Franken Ausgaben für die Güterbeschaffung der Landesverteidigung. 1978 waren das lediglich rund 50 Millionen. Ich lade deshalb den Bundesrat ein, den Fragenkomplex der strukturellen Anpassungen und Ausgleichsmassnahmen einlässlicher zu prüfen und in einem zweiten Schritt dem Parlament Massnahmen zu unterbreiten, wie langfristig die doch überdurchschnittlichen Belastungen aus der Militärpräsenz abgegolten werden können. M. Delamuraz, conseiller fédéral: Ce n'est pas aujourd'hui que nous allons épuiser le débat concernant les servitudes que le canton du Valais et, d'une manière générale, d'autres cantons doivent supporter au nom des installations et des activités militaires sur leur territoire. Nous aurons l'occasion d'y revenir puisque, je le déclare d'emblée, le Conseil fédéral accepte les lettres b et c contenues dans ce postulat et qu'il aura ainsi l'occasion de se prononcer encore sur le problème général du rapport «poids-puissance», si vous voulez, que peut représenter pour un canton la présence militaire sur son territoire. Quant à la lettre a de ce postulat, nous considérons que nous pouvons la traiter aujourd'hui, dans la réponse orale que je vais faire, et qu'il n'est dès lors pas nécessaire de la reprendre dans un examen ultérieur du postulat par le Conseil fédéral. Tout d'abord, nous considérons que les prestations demandées au canton du Valais, au titre de l'effort militaire, ne sont pas nécessairement supérieures à celles qui sont fournies dans l'ensemble et dans la moyenne des cantons suisses. Il est d'ailleurs un peu périlleux de parler de moyenne tant les

conditions géographiques sont différentes d'un canton à l'autre et tant, par conséquent, les conditions de chaque territoire doivent être prises en compte en tant que telles. Nous constatons, en effet, que, comme tous les autres cantons de montagne, dont la topographie est favorable aux tirs et aux exercices de l'armée, le Valais est fortement mis à contribution pour héberger des écoles et des cours militaires. Cependant, la présence de la troupe en terre valaisanne peut varier considérablement d'une année à l'autre. En 1984, par exemple, il y a eu dix régiments d'infanterie et d'artillerie qui ont accompli leurs cours de répétition en Valais (pour leur bonheur, sans doute) tandis que cette année il n'y en a que quatre. La statistique montre que, sur l'ensemble des jours de service effectués pour l'ensemble de l'année par les militaires, une part de cinq pour cent grosso modo revient au Valais. La situation de ce canton n'est donc pas exceptionnelle dans ce domaine et le Valais n'est pas plus fortement mis à contribution que d'autres régions de montagne telles que l'Oberland bernois, les cantons d'Uri et de Glaris, par exemple, qui offrent eux aussi d'excellentes possibilités pour les tirs et les exercices militaires. Une diminution de la présence de l'armée en Valais aurait immédiatement pour conséquence que d'autres régions du pays, dont les charges sont identiques, voire supérieures, devraient accueillir des contingents de troupes supplémentaires. Mais, et j'en donne volontiers raison à M. Lauber, en ce qui concerne les désagréments liés à la présence de la troupe, ceux-ci ne sont pas nécessairement exprimés par ces cinq pour cent de participation valaisanne à l'hébergement des militaires. En effet, ces désagréments sont liés beaucoup plus au genre de troupe et au genre de service accompli, à la saison, à des intérêts civils très variables (je pense, en particulier, car ils doivent être pris en compte très sérieusement, aux intérêts touristiques). Bref, un recensement de ces servitudes, pour être complet, devrait être opéré. Cela nous conduirait à un travail disproportionné qui, par ailleurs, se laisserait mal réduire en formules mathématiques et en statistiques précises. Ce que je peux dire, c'est qu'incontestablement la présence de l'aviation en pays valaisan crée une nuisance que ne reflète pas ce cinq pour cent dont j'ai parlé. Elle constitue certainement pour les habitants du Valais et pour les hôtes de ce canton, en certaines saisons du moins, une charge particulière. Il faut, en contre-partie de ces servitudes et de ces désagréments, envisager quelques éléments de compensation. Il faut dire à ce titre que lorsque l'on constate que les dépenses des besoins courants varient entre 12 et 20 francs par jour et par militaire en service, la retombée économique que signifie parfois une forte présence militaire dans tel ou tel canton est un élément digne d'intérêt pour son économie cantonale. Je considère comme typique le fait d'avoir actuellement un dossier de demandes que quinze communes valaisannes nous ont fait parvenir récemment, exprimant leur intérêt d'héberger davantage de troupes. Il n'y a pas seulement cette forme de compensation et la Confédération s'efforce de compenser également les inconvénients résultant de la présence de l'armée en accordant une importance particulière à la création d'emplois dans les régions périphériques «riches en service militaire» et, notamment, dans les régions de montagne. Le Département

12. Dezember 1985 S 675 Preisüberwachung. Bundesgesetz militaire a constitué un groupe de travail chargé de maintenir le nombre d'emplois dans les régions de montagne et de l'augmenter. Le Département militaire qui, aujourd'hui déjà, est parmi les plus décentralisés de l'administration fédérale constate, que, pour l'ensemble des régions de montagne, il s'y trouve quelque 55 pour cent de ses 20 700 emplois. C'est un exemple de décentralisation qui est évidemment remarquable. Je reconnais, avec M. Lauber, que le Valais n'y a pas une part proportionnelle. En vigueur depuis dix ans, et c'est là que se situe pour nous un des problèmes administratifs les plus difficiles, le plafonnement de l'effectif du personnel et

les contraintes qui résultent de la rationalisation corrigent, dans le sens que ne souhaiterait pas M. Lauber, les efforts que nous faisons en vue d'augmenter encore cette décentralisation. En effet, le souci croissant d'organiser l'infrastructure militaire selon des critères qui relèvent de l'économie de l'entreprise se révèle peu favorable pour ces régions périphériques et se traduit parfois par des concentrations accrues qui vont précisément à rencontre des efforts que je proclamais et que j'appelais de mes vœux tout à l'heure. Il n'empêche qu'envers et contre tous, le Département militaire s'efforcera d'attribuer à l'avenir aux régions de montagne encore davantage d'emplois qui pourraient être libérés à la suite de mesures de rationalisation. Tout n'est pas transférable, Monsieur Lauber, tout n'est pas remplaçable, mais nous devons incontestablement, comme nous l'avons fait récemment dans la vallée de Conches, trouver des formules de compensation pour corriger les effets que vous avez signalés. Il ne peut s'agir alors, vous le comprendrez bien, que d'une politique des petits pas et que ce double feu contradictoire sous lequel nous sommes placés, nous ne pouvons y échapper et parvenir à une synthèse, si possible dans le sens que vous souhaitez, que petit à petit. Mais la volonté demeure. C'est parce qu'il y a cette volonté, et en dépit des circonstances qui nous pousseraient ailleurs, que le Conseil fédéral entend accepter les lettres b et c du postulat et qu'il aura ainsi l'occasion de vous rendre compte des efforts qu'il aura pu réaliser dans ce sens. En ce qui concerne la lettre a, je répète que les quelques indications que nous avons pu fournir répondent à ce qui était exprimé dans le postulat. Ce point nous paraît donc réglé.

Präsident: Der Bundesrat ist bereit, die Punkte b und c des Postulates entgegenzunehmen, den Punkt a erachtet er mit den heutigen Erklärungen als erledigt und abschreibungs-fähig.

Lauber: Ich danke Herrn Bundesrat Delamuraz für seine breiten Ausführungen und für die Annahme der Postulats-punkte b und c. Ich kann mich der Betrachtungsweise des EMD bezüglich Punkt a anschliessen, wonach dieser Punkt im Rahmen der Richtplanung und auch im Zusammenhang mit den hier gemachten Ausführungen als erfüllt betrachtet werden kann. Ich nehme mit Befriedigung und mit Dankbarkeit zur Kenntnis, dass man im EMD willens ist, die bestehenden Probleme zwischen Militär und Raumplanung auf den verschiedenen Stufen (Gemeinde, Kanton, Bund) vertieft zu untersuchen, Mängel am heutigen System aufzuzeigen und Koordinations- und Lösungswege für die Zukunft vorzuschlagen.

Präsident: Der Postulant ist mit dem Vorgehen des Bundesrates einverstanden. Werden die Postulatspunkte b und c aus der Mitte des Rates bestritten? - Das ist nicht der Fall. Das Postulat ist überwiesen in den Punkten b und c, erledigt in Punkt a. Ueberwiesen gemäss Antrag des Bundesrates Transmis selon la proposition du Conseil fédéral

Schluss der Sitzung um 10.10 Uhr La séance est levée à 10 h 10 #ST# Siebente Sitzung - Septième séance Donnerstag, 12. Dezember 1985, Vormittag Jeudi 12 décembre 1985, matin 8.00 h

Vorsitz - Présidence: Herr Gerber 84.058 Preisüberwachung. Bundesgesetz Surveillance des prix. Loi Siehe Seite 551 hiervor - Voir page 551 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 3. Dezember 1985 Décision du Conseil national du 3 décembre 1985

Differenzen - Divergences Art. 5 Abs. 4 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Art. 5 al. 4 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Bürgi, Berichterstatter: Lassen Sie mich zuerst eine kurze Bilanz ziehen über den Stand der Differenzen zwischen den beiden Räten. Der Ständerat hat insgesamt zu acht Artikeln Differenzen geschaffen. Der Nationalrat hat in sechs dieser Fälle dem Ständerat zugestimmt. Für zwei Artikel hält er an seinen Beschlüssen fest. Aufgrund dieser Ausgangslage ist Ihre Kommission der Meinung, dass die beiden verbleibenden Differenzen durch Zustimmung zum Nationalrat erledigt werden sollen. Im einzelnen geht

es um folgendes: Zunächst einmal um Artikel 5 Absatz 4: Bundesrat und Ständerat hatten hier beschlossen, dass für Fragen des persönlichen Geltungsbereiches und des wirksamen Wettbewerbs der Preisüberwacher den Ausschuss der Kartellkommission zu konsultieren hat. Der Nationalrat hat nun an Stelle des Ausschusses die gesamte Kartellkommission im Text vorge-merkt. Dahinter steht primär die Ueberlegung, dass es eine Frage der internen Geschäftsordnung der Kartellkommission sei, ob das Plenum oder der Ausschuss eine solche Frage zu entscheiden hat. Unserer Kommission scheinen die Ueberlegungen des Nationalrates zutreffend zu sein, und ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, hier dem Nationalrat zuzustimmen. Angenommen - Adopté Art. 5 Abs. 5 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Art. 5 al. 5 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national Bürgi, Berichterstatter: Der Ständerat hat hier einen zusätzlichen Satz eingefügt mit dem Inhalt: «Wird die Unterstellung unter den Art. 2 bestritten, dann hat der Preisüberwacher hierüber eine Verfügung zu erlassen.» Gemeint ist der persönliche Geltungsbereich des Gesetzes. Gegen diese Verfügung können die Beschwerdemöglichkeiten gemäss Artikel 19 des Gesetzes ausgeschöpft werden: zunächst an das

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Postulat Lauber Wirtschaftliche Abgeltung der militärischen Belastung Postulat Lauber Servitudes occasionnées par l'armée. Compensation financière In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1985 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Ständerat Conseil Conseil des Etats Consiglio Consiglio degli Stati Sitzung 06 Séance Seduta Geschäftsnummer 85.529 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 11.12.1985 - 09:20 Date Data Seite 673-675 Page Pagina Ref. No 20 014 086 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.